

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Kita-Besuch von Kindern im Drogenumfeld

Kevin, Chantal und Yagmur haben in den letzten Jahren bundesweit traurige Bekanntheit erlangt. Sie wurden bereits im Drogenumfeld geboren und von ihren drogenabhängigen Eltern bzw. Pflegeeltern misshandelt und zu Tode geprügelt. In allen Fällen zeigte sich, dass die zuständigen Jugendämter u.a. auf Grund von Arbeitsüberlastung, mangelnden Informationsaustausches und fehlenden oder nichtbeachteten fachlichen Weisungen zu spät oder gar nicht reagierten.

Obwohl es inzwischen sowohl in Bremen, als auch auf Bundesebene zu deutlichen gesetzlichen Nachbesserungen im Bereich Kinder im Drogenumfeld gekommen ist, weisen aktuelle Haarproben aus Bremen und Bremerhaven immer wieder darauf hin, dass Kinder im Drogenumfeld bis heute nicht ausreichend geschützt sind. Die erschreckenden Zahlen über betroffene Kinder legen den Schluss nahe, dass das Kontrollsystem nach wie vor Mängel aufweist und Kinder und Jugendliche durch den Drogenkonsum ihrer Eltern nach wie vor akuten Gefährdungen ausgesetzt sind.

Insbesondere den Bereich Prävention betreffend stellte auch der am 6. Juni 2014 in der Deputation für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen vorgelegte Dreijahresbericht zum Stand und zur Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung am Projektstandort Walle und zur Übertragung der Ergebnisse des Projekts in andere Sozialzentren fest: „Die häufig zu geringe personelle und finanzielle Ausstattung der Jugendämter hat derzeit oft zur Folge, dass im Bereich der Prävention und in wichtigen Phasen der Hilfeplanung sowohl die Bedarfserhebung im Einzelfall, als auch die strukturelle Jugendhilfeplanung unzulänglich sind. Diagnostik und Fallsteuerung sind daher oft mangelhaft und lassen Hilfpotentiale im Sozialraum unberücksichtigt.“

Im Fall Yagmur im benachbarten Hamburg zeigte sich zudem, welche kriminelle Energie drogenabhängige Eltern aufbringen, um Gewalt gegenüber ihren Kindern zu verdecken. Nachdem die Kindertageseinrichtung, die Yagmur besuchte auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung aufmerksam gemacht hatte, wurde das Kind von seinen Eltern umgehend dort abgemeldet und besuchte fortan keine Einrichtung mehr.

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse plant der Hamburger Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration deshalb eine Krippen- bzw. Kindergartenpflicht für Kinder unter sechs Jahren aus Familien, bei denen Sorge um das Kindeswohl besteht, einzu-

führen. Sollten die Eltern nicht freiwillig einwilligen, ist vorgesehen entsprechende Urteile beim zuständigen Familiengericht zu erwirken. Die Rolle der Kindertageseinrichtungen im Frühwarnsystem zur und bei der Prävention von Kindeswohlgefährdung soll zudem insgesamt gestärkt werden.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Kinder unter sechs Jahren werden derzeit in Bremen und Bremerhaven wegen ihres familiären Drogenumfeldes von den Jugendämtern betreut (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)?
2. Wie viele dieser Kinder besuchen derzeit regelmäßig und in welchem Umfang eine Kindertageseinrichtung, einen Spielkreis oder eine Tagesmutter (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden und Einrichtungen)?
3. Wie werden Erzieherinnen bzw. Tagesmütter und andere Mitarbeiter von Betreuungseinrichtungen derzeit für den Bereich Kindeswohlgefährdung sensibilisiert? Wie viele Auffälligkeiten wurden aus den Einrichtungen seit 2011 jeweils an die Jugendämter weitergegeben? Welche datenschutzrechtlichen Probleme bestehen? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)
4. Wie viele dieser Kinder wurden seit 2011 von ihren Eltern vom Besuch einer Einrichtung in Bremen und Bremerhaven abgemeldet (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)? Welche Mechanismen bestehen, damit diese Kinder den Kita-Besuch fortsetzen, und nicht wie im Fall Yagmur aus dem staatlichen Betreuungssystem verschwinden (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)?
5. Welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen für die Jugendämter in Zusammenarbeit mit den Familiengerichten auf den Besuch einer Betreuungseinrichtung hinzuwirken? In wie vielen Fällen wurde seit 2011 jeweils ein Kita-Besuch angeordnet (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Stadtgemeinden)?
6. Mit welchen Mitteln wird derzeit von verschiedenen Akteuren des staatlichen Hilfesystems auf Eltern aus dem Drogenumfeld eingewirkt, um sie von den Vorteilen eines frühzeitigen Kita-Besuches ihrer Kinder und einer Anmeldung zu überzeugen? Welche Probleme treten dabei auf (bitte jeweils aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)?
7. Wie wird derzeit in Bremen und Bremerhaven versucht die Eltern von Kindern aus dem Drogenumfeld in die Elternarbeit in den Kindertageseinrichtungen einzubinden? Welche gemeinsamen Angebote für Eltern und Kinder bestehen? Welche Probleme treten dabei auf (bitte jeweils aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)?
8. Wie gestaltet sich derzeit die Kooperation zwischen den Jugendämtern in Bremen und Bremerhaven und den Kindertageseinrichtungen? Welche verbindlichen Strukturen einer Zusammenarbeit sind im Bereich Kindeswohlgefährdung festgelegt? Sieht der Senat an dieser Stelle Defizite?

9. Wie bewertet der Senat die Vorschläge des Hamburger Senats eine Krippen bzw. Kita-Pflicht für gefährdete Kinder aus dem Drogenumfeld einzuführen?

Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU